

Platzeck und Wowereit treten nach....

Die Flughafengesellschaft hat bei der Planungsbehörde beantragt, die Planung für den Flughafen wieder zu ändern. Mit der Änderung will die Flughafengesellschaft den schon festgestellten Schallschutz für die Anwohner am Flughafen Schönefeld verringern. Der vom Bundesverwaltungsgericht festgestellte Lärmschutz soll wohl damit unterlaufen werden, damit die Flughafengesellschaft, also letztendlich Hr. Platzeck, Hr. Wowereit und Hr. Ramsauer, Geld sparen können, dass durch Missmanagement der Flughafengesellschaft verschleudert wurde.

Die Brandenburger Landesregierung, Hr. Platzeck, betont, dass man auf der Einhaltung des gültigen Planfeststellungsbeschlusses, also dem höheren Schutzniveau beharrt. Gleichzeitig erlaubt sie der Planungsbehörde jedoch, dass sie mit einem neuen Planungsverfahren für einen geänderten Schallschutz beginnt. Sie hätte den Antrag der Flughafengesellschaft einfach ablehnen können und müssen.

Die bisherige Planung hat Gesetzescharakter, da das Bundesverwaltungsgericht als höchstes Gericht hierüber bereits entschieden hat.

Aber ist es nicht toll, dass man Gesetze und solche Planungen einfach ändern kann?

Die Betroffenen werden sich wieder gegen den neuen Planfeststellungsbeschluss wehren und klagen müssen. Mit jeder Gerichtsstanz verschaffen sie damit der Flughafengesellschaft auch noch weiter zeitlich Luft für die Umsetzung des Schallschutzes. Die Kosten für den Schallschutz werden damit zu Gunsten der Flughafengesellschaft in die Zukunft verschoben. Und die vom Lärm betroffenen Kläger bezahlen dafür auch noch, weil sie die Gerichtskosten dafür aufbringen müssen.

Wer glaubt der Landesregierung oder Herrn Platzeck noch?

Die Zehntausende vom Fluglärm Schwerstbetroffenen im Umfeld des Flughafens liegen schon am Boden. Sie kämpfen seit Jahren, weil die Flughafengesellschaft nicht den vorgeschriebenen, sondern den zu schwachen, weil billigeren Schallschutz für sie einbauen lässt. Die Pflicht für die Flughafengesellschaft, für einen menschenwürdigen Schallschutz der Schwerstbetroffenen zu sorgen, kostet Geld.

Die Herren Platzeck, Wowereit und Ramsauer wissen das längst.

Sie selbst sind schließlich die Eigentümer des Flughafens und der Flughafengesellschaft. Und sie werden es zugeben müssen: Sie haben sich verspekuliert mit dem Flughafen. Die Finanzierung wird eng.

Nach Cargolifter, Chipfabrik in Frankfurt Oder und Lausitzring droht jetzt:

Brandenburgs Erneuter Reinfall !

Und nun fallen die letzten Schamgrenzen.

Eigentlich sollten Platzeck, Wowereit und Ramsauer als Volksvertreter die Vertreter des Volkes sein. Gleichzeitig jedoch ist Platzeck als unser Volksvertreter auch Chef der Planungsbehörde. Diese Position wird nun gegen die Bürger ausgenutzt. Nicht etwa um unseren schwerstbetroffenen Mitbürgern zu helfen.

Nein, der zu schwache, falsch berechnete Lärmschutz soll nun einfach von der Planungsbehörde zum richtigen und ausreichenden Schallschutz umbenannt werden. So ist das doch auch viel einfacher. Die Flughafengesellschaft müsste über Nacht ihre Fehler beim Schallschutz nicht mehr korrigieren, es drohten ihr dann auch keine höheren Kosten.

Die Schwerstbetroffenen allerdings würden noch stärker getroffen, als bisher zugelassen. Ihr Leben, ihre Gesundheit wird einfach geopfert von "unseren" Landesregierungen, von unseren Volksvertretern.

Das ist nicht mal mehr mit einer deftigen Ohrfeige zu vergleichen. Nein, das ist wie feiges Nachtreten auf den, der schon am Boden liegt. Die Gesundheit von Brandenburger Bürgern wird von Wowereit und Platzeck zur Rettung ihres verkorksten Prestigeprojekts geopfert.

Dass ist unwürdig für den „modernsten“ Flughafen der Welt, eher ein typisches Vorgehen in einer BERnanenrepublik.

Wer kann da noch weiter wegsehen?

Da ist das Unterschreiben für das Volksbegehren zum Nachtflugverbot das Mindeste, das jeder Berliner und Brandenburger jetzt für die Lärmbetroffenen tun kann. Da es anscheinend von Seiten unserer Regierungen und der Flughafengesellschaft keinen menschwürdigen Lärmschutz gegeben wird, müssen wir Bürger selbst dafür sorgen, dass die Betroffenen des BER wenigsten 8 Stunden Schlaf bekommen.

Teltow, 07.06.2012

Christine Hauptmann
1. Vorsitzende
Teltow gegen Fluglärm e.V.